

Entscheidungserhebliche Gründe

zum Beschluss des Bewertungsausschusses nach § 87 Abs. 1 SGB V in seiner 407. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) zu Empfehlungen gemäß § 87a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 SGB V bzw. § 7a Abs. 5 Satz 7 i. V. m. § 87a Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 SGB V im Zusammenhang mit der Aufnahme der Gebührenordnungspositionen 35151, 35152 und 35254 in den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) mit Wirkung zum 1. April 2017

1. Rechtsgrundlage

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband vereinbaren gemäß § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V im Bewertungsausschuss den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) und Empfehlungen gemäß § 87a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 SGB V und § 87a Abs. 5 Satz 7 SGB V i. V. m. § 87a Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 SGB V.

2. Regelungsinhalte und Regelungshintergründe

Mit Wirkung zum 1. April 2017 werden die Leistungen nach den Gebührenordnungspositionen 35151 (psychotherapeutische Sprechstunde), 35152 (psychotherapeutische Akutbehandlung) und 35254 (Strukturzuschlag) in den EBM aufgenommen.

Der Bewertungsausschuss geht davon aus, dass es mit der Einführung der Gebührenordnungspositionen 35151 und 35152 EBM zu Einsparungen bei den psychotherapeutischen Gesprächen nach den Gebührenordnungspositionen 22220 und 23220 sowie bei den antragspflichtigen Leistungen des Abschnitts 35.2 des EBM kommen kann.

Die Finanzierung des entstehenden Mehrbedarfs für die Einführung der Leistungen nach den Gebührenordnungspositionen 35151, 35152 und 35254 EBM erfolgt außerhalb der morbiditätsbedingten Gesamtvergütungen. Eine Prüfung der Überführung der Leistungen nach den Gebührenordnungspositionen 35151 und 35152 EBM in die morbiditätsbedingten Gesamtvergütungen durch den Bewertungsausschuss erfolgt frühestens zum 1. April 2019, sofern bis zum Zeitpunkt

dieser Überprüfung die Leistungen des Abschnitts 35.2 des EBM gemäß Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 288. Sitzung am 22. Oktober 2012 zu Vorgaben für ein Verfahren zur Bereinigung des Behandlungsbedarfs in den durch das SGB V vorgesehenen Fällen und zur Ermittlung der Aufsatzwerte nach § 87a Abs. 4 Satz 1 SGB V und der Anteile der einzelnen Krankenkassen nach § 87a Abs. 4 Satz 2 SGB V gemäß § 87a Abs. 5 Satz 7 SGB V sowie Empfehlungen gemäß § 87a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 SGB V und § 87a Abs. 5 Satz 7 SGB V i. V. m. § 87a Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 SGB V für das Jahr 2013 in die morbiditätsbedingten Gesamtvergütungen überführt worden sind.

Darüber hinaus empfiehlt der Bewertungsausschuss aufgrund einer möglichen Substitution der psychotherapeutischen Gespräche nach den Gebührenordnungspositionen 22220 und 23220 durch die psychotherapeutische Sprechstunde bzw. die psychotherapeutische Akutbehandlung nach den Gebührenordnungspositionen 35151 und 35152 eine vom 1. April 2017 bis zum 31. Dezember 2018 befristete Finanzierung der psychotherapeutischen Gespräche außerhalb der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung.

Der Erweiterte Bewertungsausschuss hatte im Rahmen seines Beschlusses aus der 50. Sitzung am 29. März 2017 zu Empfehlungen gemäß § 87a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 SGB V bzw. § 87a Abs. 5 Satz 7 i.V.m. § 87a Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 SGB V sowie Vorgaben zur Anpassung der kassenspezifischen Aufsatzwerte des bereinigten Behandlungsbedarfs gemäß § 87a Abs. 4 Satz 1 SGB V und der Anteile der einzelnen Krankenkassen gemäß § 87a Abs. 4 Satz 2 SGB V im Zusammenhang mit der Aufnahme der Gebührenordnungspositionen 35151, 35152 und 35254 in den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) (Teil B) spezielle Vorgaben für die Ausdeckelung im Zusammenhang mit der Einführung der psychotherapeutischen Gespräche gemacht. Diese sahen die Bestimmung kassenindividueller Leistungsbedarfsanteile der jeweiligen Bereiche vor. Ein Abweichen vom üblichen Ausdeckelungsverfahren gemäß Aufsatzwertebeschluss ist jedoch für diesen Sachverhalt nicht notwendig. Vor diesem Hintergrund hat der Bewertungsausschuss nach nochmaliger Abwägung des Aufwandes zum Nutzen dieses Vorgehens beschlossen, auf dieses spezielle Verfahren der Ausdeckelung zu verzichten, den o. g. Beschluss aufzuheben und durch diese Vorgaben zu ersetzen.

Mittels Protokollnotiz wird den Gesamtvertragspartnern die Möglichkeit gegeben, ein ggf. zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Beschlusses abgestimmtes Ausdeckelungsverfahren beizubehalten.

3. Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt mit Wirkung zum 1. April 2017 in Kraft.